



Antrag	Datum	Nummer
Öffentlich	15.08.2013	2863/13
Absender		
Fraktion Piratenpartei Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Adressat		
Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Gremium	Sitzungstermin	
Finanz- und Personalausschuss	12.09.2013	
Rat	24.09.2013	
Betreff / Beschlussvorschlag		
Stadt Braunschweig wird Bestandsdatenauskunft nicht anwenden		

Die Stadt Braunschweig als berechtigte Stelle im Sinne des § 113 Abs. 3 TKG wird die Möglichkeiten der manuellen Auskunft nach § 113 TKG nicht einsetzen.

Begründung:

Die sogenannte Bestandsdatenauskunft ist zu Recht umstritten. Eingriffe in das Fernmeldegeheimnis sind ohnehin schwer zu rechtfertigen und zumindest für die Erledigung der Aufgaben der Stadt Braunschweig als Ordnungsbehörde völlig unangemessen. Der Bundesgesetzgeber hat der Stadt mit der Novelle des TKG dennoch die Möglichkeit eröffnet, derartig schwere Eingriffe in die Grundrechte vorzunehmen - die Stadt ist dazu jedoch keinesfalls verpflichtet. Nach Abwägung zwischen ordnungsbehördlichen Notwendigkeiten und bürgerlichen Grundrechten wird daher beantragt, dass die Stadt Braunschweig auf die Auskunftsmöglichkeiten nach Par. 113 TKG verzichtet.

Jens-W. Schicke-Uffmann
Fraktionsvorsitzender